

ARBEITSVORLAGE

Amt / Abteilung	Sachbearbeiter/in		Telefon	Datum
Kämmerei	Frau Rieger, Stadt Bietigheim-Bissingen/ Heike Kling		9745-15	09.04.2020
Registraturnummer	022.3; 621.31		Seiten 2	Anlagen 3
Beratung / Beschlussfassung	öffentlich	nichtöffentlich	Sitzung	Top
Gemeinderat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	28.04.2020	4
Verwaltungsausschuss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		

VERHANDLUNGSGEGENSTAND

1. Fortschreibung des Flächennutzungsplans Bietigheim-Bissingen/Ingersheim/Tamm - 10. Änderung - Entwurfsbeschluss -

I. Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beauftragt die Vertreter der Gemeinde Ingersheim in dem Gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Bietigheim-Bissingen/Ingersheim/Tamm wie folgt abzustimmen:

Die 10. Änderung der 1.Fortschreibung des Flächennutzungsplans wird als Entwurf beschlossen.

Die Verwaltung der Stadt Bietigheim-Bissingen wird beauftragt, die Beteiligung der Behörden und die öffentlichen Auslegung durchzuführen.

Vorlage bewirkt Ausgaben	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Deckungsmittel sind bereit	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Außer- bzw. überplanmäßige Ausgaben	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Finanzierungsnachweis liegt bei	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

II. Sachdarstellung und Begründung:

Der Gemeinsame Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Bietigheim-Bissingen/Ingersheim/Tamm hat am 26.11.2015 die Aufstellung der 10. Änderung der am 26.05.1994 genehmigten 1. Fortschreibung des Flächennutzungsplans beschlossen (GA 4/2015).

Die Entwicklung des Zweckverbandgebiets am südwestlichen Ortsrand von Ingersheim erfolgt bedarfsgerecht in Bauabschnitten. Zunächst soll nur der erste Bauabschnitt des Gewerbegebiets beschlossen werden, hierfür wurde die Abgrenzung entsprechend verkleinert.

Die 10. Änderung des Flächennutzungsplans erfolgt parallel zum Bebauungsplanverfahren „Bietigheimer Weg Süd – 1. Bauabschnitt“.

Die frühzeitige Beteiligung wurde vom 07.12.2015 bis zum 07.01.2016 durchgeführt. Von Seiten der Behörden gingen im Wesentlichen Stellungnahmen zu folgenden Themen ein: Umwelt, Immissionsschutz, Landwirtschaft, Naturschutz, Wasserwirtschaft und Bodennutzung, Straßenwesen und Verkehr, Raumordnung, Klima, Verkehrsaufkommen und LKW-Durchfahrtsverbot (auf die Anlage zur frühzeitigen Beteiligung wird verwiesen).

Von Seiten der Öffentlichkeit gingen keine Stellungnahmen ein.

Im nächsten Verfahrensschritt werden die Behörden beteiligt und es erfolgt die öffentliche Auslegung.



Volker Godel
Bürgermeister